

Eine Blockadehaltung droht jeglichen Einfluss Europas
auf die amerikanischen Konzepte zu verspielen

Der Streit um die Raketenabwehr

Karl-Heinz Kamp

Die amerikanischen Pläne zum Aufbau einer *National Missile Defense* (NMD) – also eines landesweiten Systems zur Abwehr ballistischer Raketen – bestimmen nach wie vor die internationale sicherheitspolitische Debatte. Der jüngst gescheiterte amerikanische Raketentest schien den Kritikern dieses Vorhabens, die sowohl um die strategische Stabilität wie auch um den Fortbestand weltweiter Rüstungskontrolle fürchten, Auftrieb gegeben zu haben. Allerdings dürfte sich die Hoffnung auf ein nachlassendes amerikanisches Engagement bei der *Missile Defense* als Wunschdenken erweisen, da das Projekt in den USA bereits sehr weit fortgeschritten ist. Folglich ist es für die europäischen NATO-Partner unumgänglich, die Realität amerikanischer Rüstungsprojekte zur Kenntnis zu nehmen und eine eigene Position zur Frage der Raketenabwehr zu entwickeln.

Sicherheitspolitische Konstante

Seit die Vereinigten Staaten mit dem Aufkommen interkontinentaler Raketenpotenziale ihre geostrategische Unverwundbarkeit verloren haben, gibt es Bemühungen

zur Abwehr dieser Bedrohung. Allerdings konnten all diese Projekte die Realität gegenseitig gesicherter Zerstörung nicht überwinden – stets war das eigene Überleben von der Vernunft des Gegners abhängig. Auch Ronald Reagans Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) aus dem Jahr 1983 vermochte nicht einen undurchdringlichen Schutzschirm über die USA zu spannen. Dessen ungeachtet liefen die Technologieprojekte weiter, wenn auch in kleinerem Rahmen und – insbesondere seit den Erfahrungen aus dem Golfkrieg – mit dem Schwerpunkt auf taktischen und regionalen Abwehrsystemen.

Der entscheidende Auslöser für den heutigen parteiübergreifenden Konsens für eine landesweite *National Missile Defense* war der 1998 vorgelegte Bericht der Rumsfeld-Kommission. Diese Studie einer überparteilichen Expertengruppe korrigierte die bis dahin vorliegenden Geheimdienstberichte zur Bedrohung durch ballistische Raketenpotenziale in den Händen von Problemstaaten grundlegend. Demnach waren die technischen Fähigkeiten etwa Nordkoreas, des Iran, des Irak oder Chinas weiter fortgeschritten als erwartet. Diese und andere Länder arbeiteten nicht nur an zielgenauen

Raketen, sondern erhöhten auch stets deren Reichweite.

Diese Bedrohungsanalyse führte dazu, dass der amerikanische Kongress im Frühjahr 1999 mit großer Mehrheit den *National Missile Defense Act* verabschiedete, der die Aufstellung eines nationalen Raketenabwehrsystems vorsah, sobald dies technisch möglich und finanziell vertretbar sein würde. Im Juni des gleichen Jahres unterzeichnete Präsident Clinton ein entsprechendes Gesetz und kündigte an, im Sommer 2000 über die Aufstellung des Systems zu entscheiden. Mittlerweile scheint dieser feste Zeitplan – nicht zuletzt durch fehlgeschlagene Tests und durch harsche Kritik auch aus den Reihen der engsten Verbündeten – etwas ins Wanken geraten zu sein. Es wird zunehmend wahrscheinlich, dass Präsident Clinton die endgültige Entscheidung seinem Nachfolger überlassen wird.

Technische Realisierbarkeit

Das derzeit von der Clinton-Administration favorisierte Konzept einer Raketenabwehr sieht eine sehr begrenzte Anzahl ausschließlich landstationierter Abfangraketen vor, die zunächst in Alaska und später auch in Norddakota aufgestellt werden sollen. Hinzu kämen eine Modernisierung und ein Neubau von Radarstellungen.

Darüber hinaus würde eine Reihe neuer Beobachtungssatelliten in eine niedrige Umlaufbahn geschossen, um die Ortung und Verfolgung von Angriffsraketen zu ermöglichen. Befürworter schätzen die technischen Realisierungschancen für diese sehr begrenzte Raketenabwehrfähigkeit als relativ hoch ein, da sie im Wesentlichen auf vorhandenen Technologien beruhe.

Mittlerweile mehren sich aber die Stimmen in den USA – insbesondere unter den Repu-

blikanern –, die eine erweiterte Abwehrfähigkeit fordern. Das von der Regierung vertretene System könnte zwar einen begrenzten Schutz für die eigene Bevölkerung bieten, allerdings käme der Aspekt der strategischen Handlungsfähigkeit der USA zu kurz. Um in einer Krise über einen breiten Handlungsspielraum zu verfügen, bräuchten die USA eine Raketenabwehr, die als globale Verteidigung auch die Sicherheit amerikanischer Streitkräfte oder der Verbündeten gewährleisten könnte. Ein solches System müsste neben landgestützten Waffen sowohl die Stationierung von Abfangraketen auf See als auch den Aufbau weltraumgestützter Abfangkapazitäten beinhalten. Für derart ambitionierte Vorstellungen fehlt es aber derzeit noch an wesentlichen Technologien – etwa mit Blick auf die weltraumgestützten Komponenten. Wenn damit das erweiterte Modell der Raketenabwehr derzeit auch noch der technischen Grundlagen entbehrt, so dürfte die politische Diskussion in den USA mittelfristig doch in diese Richtung gehen. Das gilt insbesondere deshalb, weil derzeit die NMD-Befürworter in den USA gegenüber der Öffentlichkeit sehr hohe Erwartungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit – und damit des Schutzeffektes – der Raketenabwehr wecken, die das zur Entscheidung stehende System keinesfalls erfüllen kann.

Einer der augenblicklich stark diskutierten technischen Aspekte einer Raketenabwehr ist das Problem der Gegenmaßnahmen. Bereits zu Zeiten von Reagans SDI-Plänen gab es umfassende Studien, die eine Vielzahl von kostengünstigen und relativ simplen Technologien aufzeigten, mit denen eine Raketenabwehr überwunden werden könnte. Kernargument dieser durchaus ernst zu nehmenden Analysen war und ist die These, dass in der Raketentechnologie

Der Streit um die Raketenabwehr

der Wettlauf zwischen Offensive und Defensive immer zu Gunsten der Ersteren entschieden werde. Verteidigungsmaßnahmen seien immer teurer und aufwendiger als das Aufstellen neuer Angriffsmittel. Dem widersprechen die Vertreter der Raketenabwehr vehement und verweisen darauf, dass Technologieentwicklung ein offener Prozess ist, in dem vermeintlich unüberwindbare Probleme immer wieder gelöst worden sind. Auch werde das Problem der Gegenmaßnahmen in allen Raketenabwehrprogrammen berücksichtigt und von Anfang an in die Planungen einbezogen.

Bisher ist die Wirksamkeit möglicher Gegenmaßnahmen zu NMD noch nicht abschätzbar, da sowohl die Abwehrprojekte als auch die Gegenmaßnahmen lediglich auf dem Papier existieren. Politisch lässt sich allerdings ein Schluss ziehen: Wenn Gegenmaßnahmen wirklich so billig und effizient zu realisieren wären, warum wenden sich Länder wie Russland und China so vehement gegen die amerikanischen NMD-Pläne? Wäre eine Raketenabwehr so leicht zu überwinden, so könnten beide Länder der Verschwendung amerikanischer Steuergelder sehr gelassen zusehen.

Raketenabwehr und Rüstungskontrolle

Eine amerikanische Entscheidung, erhebliche finanzielle Mittel für ein technologisch (möglicherweise) zweifelhaftes und in seiner Leistungsfähigkeit (vermutlich) sehr begrenztes Projekt auszugeben, wäre primär eine inneramerikanische Angelegenheit, wenn nicht dadurch der Bereich der internationalen Rüstungskontrolle betroffen wäre. Ein wesentliches Problem ist dabei der 1972 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossene ABM-Vertrag, der den

Aufbau von Raketenabwehrfähigkeiten – bis auf wenige Ausnahmen – verbietet. Ziel dieses Abkommens war, die gegenseitige Verwundbarkeit der Supermächte zu erhalten und damit ein Wettrüsten zwischen Angriffs- und Abwehrmitteln zu verhindern. Wollen die USA mit ihren Plänen zur *National Missile Defense* fortfahren, müssen sie entweder mit Russland über die Anpassung der Vertragsklauseln verhandeln oder das ABM-Abkommen einseitig aufkündigen. Dies wäre nach den Bestimmungen des Vertrages zwar durchaus zulässig, würde aber politisch als außerordentlich ernstes Signal verstanden werden. Gerade Kritiker einer Raketenabwehr befürchten, dass eine Kündigung des ABM-Vertrages der internationalen Rüstungskontrolle insgesamt einen harten Schlag versetzen würde, da ein solches Vorgehen einer Supermacht auch in anderen Regionen die allgemeine Bereitschaft zur Abrüstung vermindern würde.

Allerdings können weder Russland noch die NMD-Skeptiker anderer Länder verkennen, dass sich das politische Umfeld für den ABM-Vertrag grundlegend verändert hat. Das Ziel des ABM-Vertrages, nämlich eine strategisch stabile Situation zwischen der UdSSR/Russland und den USA zu schaffen, ist heute durch die veränderte Weltlage längst gegeben. Ein gegenseitiger Nuklearangriff ist schlicht unvorstellbar. Gleichzeitig ist aber die nuklearstrategische Parität, die durch den ABM-Vertrag und die übrigen Abkommen zur strategischen Rüstungskontrolle erzielt werden sollte, nicht mehr gegeben. Russland kann die Raketen- und Sprengkopfbilanzen, die vertraglich zugestanden werden, wegen fehlender Finanzmittel auf Dauer nicht mehr erhalten. Aus dieser Perspektive ist der ABM-Vertrag für Russland auch ein Mittel zur Bestätigung seiner (nicht mehr vorhandenen) strategi-

schen Gleichwertigkeit mit den USA. Aus diesem Grund versuchen die USA derzeit, durch Zugeständnisse etwa bei der Begrenzung des eigenen Atomwaffenpotenzials oder durch finanzielle Zusicherungen in anderen Bereichen die Zustimmung Moskaus zur Vertragsanpassung zu bekommen.

Die Diskussion im Bündnis

War das Problem der Raketenabwehr lange Zeit lediglich ein Thema sicherheitspolitischer Expertengespräche, so hat es seit einigen Monaten Einzug in die breite politische Diskussion gefunden. Verschärft wird die Auseinandersetzung dadurch, dass sowohl Befürworter als auch Gegner nicht ohne Hysterie argumentieren und Schlussfolgerungen ziehen, die einer nüchternen Betrachtung kaum standhalten.

Auf Seiten der amerikanischen NMD-Befürworter erstaunt zunächst der hohe Grad des Vertrauens in die technische Machbarkeit einer Raketenabwehr. Obgleich sich bislang die Mehrheit der Tests als Fehlschlag erwiesen hat und bei den wenigen Erfolgen teilweise klare Manipulationen nachgewiesen wurden, ist der Optimismus ungebrochen.

Offenbar ist der Begriff der Raketenabwehr in den USA grundsätzlich positiv besetzt, bietet dieses Programm doch eine langfristige (theoretische) Möglichkeit, dem Damoklesschwert der gegenseitigen nuklearen Zerstörung zu entkommen. Fragwürdig ist auch die in der transatlantischen Debatte für eine NMD vorgebrachte Aussage, dass ein durch die Raketenabwehr geschütztes und damit weniger verwundbares Amerika weit eher bereit wäre, seine Sicherheitszusagen für die Alliierten im Krisenfall zu erfüllen. Nähme man diese Behauptung ernst, so folgte daraus, dass weder die vergangenen

noch die derzeitigen Sicherheitsversprechen im Rahmen der NATO glaubwürdig wären. Die Crux an dieser Argumentation ist, dass eine technische Komponente (Raketenabwehr) mit einer politischen Komponente (Glaubwürdigkeit von Bündnisverpflichtungen) verknüpft wird.

Auch bei den Gegnern einer Raketenabwehr gibt es höchst zweifelhafte Argumentationsmuster. Europäische Stimmen kritisieren, dass eine amerikanische Raketenabwehr zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit innerhalb der NATO führen könnte. Während das amerikanische Territorium geschützt würde, wären die europäischen NATO-Partner weiterhin der Bedrohung durch ballistische Raketen etwa aus Asien oder aus der Golfregion ausgesetzt. Auch müsste eine Raketenabwehr der USA zu einem neuen Rüstungswetlauf mit Russland führen, da Moskau auf die amerikanischen Anstrengungen mit einer Verstärkung der eigenen Raketenrüstung reagieren würde.

Beide Folgerungen sind wenig stichhaltig. Die Furcht vor der unterschiedlichen Sicherheit auf beiden Seiten des Atlantiks wäre nur begründet, wenn es den Vereinigten Staaten gelänge, einen wirklich undurchdringlichen Schutzschirm über dem gesamten Territorium der USA zu schaffen. Hieran ist aber selbst in den kühnsten Projektionen nicht zu denken. Ein neuer Rüstungswetlauf ist ebenso wenig zu erwarten, da der knappe russische Verteidigungshaushalt auch durch die Furcht vor amerikanischer Überlegenheit nicht leicht zu vergrößern ist.

Konsequenzen für Deutschland

Für Deutschland ergeben sich aus dem bisherigen Sachstand im Bereich der Raketen-

Der Streit um die Raketenabwehr

abwehr einige Schlussfolgerungen: Das grundsätzliche Vorhandensein einer signifikanten militärischen Bedrohung durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie (ballistische Raketen) ist weitgehend unumstritten. Unterschiede gibt es bestenfalls hinsichtlich der Einschätzung der Bedrohungsintensität, etwa hinsichtlich der Zeitspanne, die Besitzer von Raketentechnologie bis zur Erzielung strategischer Reichweiten benötigen. NMD kann (bei noch zu beweisender technischer Realisierbarkeit) ein Element in einem Spektrum von Maßnahmen zur Bekämpfung des Raketenproblems sein. Damit ist NMD kein Allheilmittel, sondern in das Gesamtsystem der Sicherheitsvorsorge eingebettet. Folglich ist die gerade von NMD-Kritikern vorgenommene Trennung von (vermeintlich positiven) politischen und (vermeintlich negativen) militärischen Maßnahmen zur Proliferationsbekämpfung untauglich.

Zweifellos wird auch weiterhin der erste Schritt im Umgang mit den Proliferationsgefahren die Reduzierung der Bedrohung sein, etwa durch Rüstungskontrolle oder Maßnahmen zur Krisenprävention. Scheitern diese Bemühungen im Einzelfall, so muss – sozusagen als „zweite Verteidigungslinie“ – die Möglichkeit der Abschreckung gegeben sein. Durch die Androhung militä-

rischer Reaktion und unverhältnismäßigen Schadens muss der Angreifer vom Einsatz seiner Raketenarsenale abgebracht werden.

Lässt sich NMD realisieren, so stellt die Möglichkeit der Raketenabwehr die „dritte Verteidigungslinie“ dar – falls die ersten beiden Schwellen überschritten worden sind.

Angesichts dieser Zusammenhänge kann es für die deutsche Politik keine einfache Ablehnung der amerikanischen Pläne geben. Dies gilt umso mehr, als es sich bei der Raketenabwehr um ein langfristiges Konzept handelt, in dessen Verlauf sehr wohl Spielraum für bündnisverträgliche Lösungen gegeben ist. Die jüngsten Vorschläge von Präsident Clinton, Präsidentschaftskandidat George Bush oder Präsident Putin zu verschiedenen Möglichkeiten der Kooperation bei der Raketenabwehr belegen dies. Durch eine reine Blockadehaltung in diesen Fragen würden Deutschland und Europa jeglichen Einfluss auf die amerikanischen Konzepte verlieren – ohne allerdings die amerikanischen NMD-Pläne wirklich verhindern zu können. Stattdessen müssen eigene Positionen konstruktiv entwickelt werden. Blinde Technologiegläubigkeit ist sicherlich kein guter politischer Ratgeber – Ignoranz gegenüber neuen Bedrohungen allerdings ebenso wenig.

Chinesischer Krieg

Die Kommunistische Partei Chinas hat ihre Mitglieder und die staatlichen Medien aufgerufen, sich am „ideologischen Krieg“ im Internet zu beteiligen. Feindliche Mächte im In- und Ausland versuchten, das Internet zu benutzen, um China zu infiltrieren, schrieb das Parteiorgan „Volkszeitung“ am Mittwoch in einem Leitartikel auf der Titelseite.

(Meldung am 10. August 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)